

Der Minister

Ministerium für Arbeit,
Integration und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen



Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

An die
Präsidentin des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Frau Carina Gödecke MdL

Düsseldorf

Datum: 21. Januar 2013

Seite 1 von 5

Aktenzeichen IV 5 - INT.1122
bei Antwort bitte angeben

Cemile Giousouf
Telefon 0211 855-3605
Telefax 0211 855-3049
Cemile.Giousouf@mais.nrw.de

**Kleine Anfrage 712 des Abgeordneten Dirk Schatz der Fraktion
der PIRATEN (Drucksache 16/1564)**

**Überblick über die von der Landesregierung initiierten bzw.
geplanten Maßnahmen zur besseren Einbeziehung von aus-
ländischen Roma in NRW – Nachfrage zur Drucksache 16/931**

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,

namens der Landesregierung beantworte ich die Kleine Anfrage 712
im Einvernehmen mit dem Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwick-
lung und Verkehr, der Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur
und Sport, der Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und
Alter, dem Minister für Inneres und Kommunales, der Ministerin für
Schule und Weiterbildung sowie der Ministerin für Bundesangelegen-
heiten, Europa und Medien wie folgt:

***1. Welche kommunalen Integrationszentren werden derzeit
gegründet?***

Derzeit haben bereits 15 Kommunale Integrationszentren ihre Zuwen-
dungsbescheide erhalten: Kreis Soest, Kreis Gütersloh, Kreis Olpe,
Ennepe-Ruhr-Kreis, Märkischer Kreis, Kreis Heinsberg, Stadt Hagen,
Stadt Mülheim a.d.R., Stadt Solingen, Stadt Wuppertal, Kreis Düren,
Kreis Unna, Kreis Warendorf, Kreis Paderborn und Kreis Mettmann.

Dienstgebäude und Lieferan-
schrift:

Fürstenwall 25,
40219 Düsseldorf
Telefon 0211 855-5
Telefax 0211 855-3683
poststelle@mais.nrw.de
www.mais.nrw.de

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahn Linien 704, 709
Haltestelle: Stadttor
Rheinbahn Linien 719, 725
Haltestelle: Polizeipräsidium

Weitere Bewilligungen werden im 1. Quartal 2013 erfolgen. Ziel ist es, bis Ende 2013 bis zu 54 Kommunale Integrationszentren NRW-weit einzurichten.

2. Welche Maßnahmen ergeben sich für die Landesregierung aus der landesweiten Abfrage der Kommunen zum Thema der vermehrten Zuwanderung aus den neuen EU-Mitgliedstaaten?

Die landesweite Abfrage diente der Landesregierung zur Gewinnung von aktuellen Informationen über die Gesamtsituation der Zuwanderung aus den EU-Ländern Bulgarien und Rumänien nach Nordrhein-Westfalen sowie über die damit einhergehenden Handlungsbedarfe. Zuvor gab es vor allem aus Duisburg und Dortmund Einzelberichte über Problemlagen, auf die die Landesregierung fallbezogen reagiert hat (siehe auch Antwort zu Frage 3). Der Bericht über die landesweite Abfrage schlägt noch keine Maßnahmen vor, sondern identifiziert die Handlungsfelder, zu denen die Landesregierung in 2013 eine Strategie erarbeiten wird.

Vor diesem Hintergrund hat das Kabinett in seiner Sitzung am 20. November 2012 die Einrichtung einer interministeriellen Arbeitsgruppe unter gemeinsamer Federführung des Ministers für Arbeit, Integration und Soziales und des Ministers für Inneres und Kommunales beschlossen. Hierbei sollen alle betroffenen Ressorts und die Kommunen einbezogen werden.

3. Welche Problemlösungen wurden mit den betroffenen Kommunen erarbeitet (bitte einzeln nach Kommune auflisten)?

Im Hinblick auf den Zuzug aus Bulgarien und Rumänien befindet sich gegenwärtig ein gemeinsames Projekt mit den Städten Dortmund und Duisburg in der Umsetzung, welches durch das Förderprogramm „Innovation in der kommunalen Integrationsarbeit – KOMM-IN NRW“ des

MAIS finanziert wird. Gemeinsam mit Expertinnen und Experten aus anderen betroffenen Städten und aus verschiedenen Fachbereichen (Wohnen, Polizei, öffentliches Gesundheitswesen, Schule, Stadtentwicklung, Integration) werden in diesem Rahmen Handlungskonzepte entwickelt.

Des Weiteren fördert das MAIS im Rahmen des Aktionsprogramms „Obdachlosigkeit vermeiden - Weiterentwicklung der Hilfen in Wohnungsnotfällen“ derzeit zwei Projekte in Dortmund und Köln. Dabei werden verarmte, aus Rumänien und Bulgarien zugewanderte EU-Bürgerinnen und Bürger, die in unzumutbaren Wohnverhältnissen leben bzw. wohnungslos sind, unterstützt. Einen Schwerpunkt bilden hierbei auch Sinti und Roma. Ziel des von der Stadt Dortmund getragenen Projektes ist es, adäquate Vermieter zu akquirieren und Akteure der Hilfestrukturen als aktive Partner der Wohnungsnotfallstrategie zu gewinnen. Bei dem Projekt des Kölner Arbeitslosenzentrums e.V. geht es darum, auf der Grundlage einer empirisch fundierten Bestandsaufnahme die Bedarfe für wohnungslose Zuwanderer aus Rumänien und Bulgarien generell zu ermitteln und im Anschluss notwendige Maßnahmen zu eruieren.

Das Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter (MGEPA) stellt kurzfristig flankierend Mittel zur Verfügung, um Kommunen bei der gesundheitlichen Versorgung der genannten Bevölkerungsgruppen zu unterstützen. Finanziert werden bisher Einzelprojekte und vor allem Maßnahmen aus dem Bereich des Infektionsschutzes (Impfaktionen). Gefördert wurden bereits die Kommunen Dortmund, Duisburg und Essen; mit weiteren Kommunen finden zurzeit Gespräche statt.

Darüber hinaus prüft das MGEPA gemeinsam mit ausgewählten Kommunen die modellhafte Einrichtung von sog. Clearingstellen, denn speziell die medizinische Versorgung von Bürgerinnen und Bürgern aus den neuen EU-Beitrittsländern und insbesondere der Bevölkerungsgruppe der Roma ist oftmals aufgrund von Informationsdefiziten, aber auch durch ungeklärte Krankenversicherungsverhältnisse erschwert.

Des Weiteren werden vor Ort zahlreiche eigene Maßnahmen und Projekte entwickelt. Konkrete Maßnahmen zur besseren Integration der Migrantinnen und Migranten aus Rumänien und Bulgarien wurden bisher vor allem in den Städten Duisburg und Dortmund unterstützt. Duisburg wurden weitere Integrationsstellen zugeteilt, die Schuleingangsuntersuchungen bei den zugewanderten Kindern und die Übernahme von Schülerbeförderungskosten wurden sichergestellt.

4. Welche örtlichen Arbeitsgruppen werden derzeit von der Landesregierung unterstützt und ergänzt?

Im Rahmen des in der Antwort zu Frage 3 erwähnten KOMM-IN-Projektes wurden in den betroffenen Stadtteilen Arbeitsgruppen wie das Dortmunder Netzwerk EU-Armutszuwanderung und der Duisburger Arbeitskreis Neu-EU-Bürger Hochfeld beteiligt.

5. In welchem Umfang (Art und Anzahl) wurde der Einsatz von muttersprachlichen Integrationslotsen, Kultur- und Sprachmittlern bereits entwickelt und erprobt?

Die mit den Begriffen „Integrationslotsen, Kultur- und Sprachmittler“ bezeichneten Personen sind in den unterschiedlichsten Bereichen tätig: Diese kommen z.B. bei der Migrationsberatung, den Integrationsagenturen als auch bei den Regionalen Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (zukünftig Kompetenzzentren für Integration) zum Einsatz.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass den Tätigkeitsbereichen verschiedene Konzepte zugrunde liegen. Der Einsatz erfolgt zum Teil ehrenamtlich, aber auch durch Fachkräfte. Über den genauen Umfang des Einsatzes liegen keine Daten vor.

Mit freundlichen Grüßen



(Guntram Schneider)